

Zeitung und Zeitschrift bedrängen das Buch mehr und mehr, indem sie die geistige Mußezeit der Kulturmenschheit für sich zu absorbieren versuchen. Was liegt näher, als sich am Vertriebe der Zeitschriften schadlos zu halten für den durch Nachlaß des Buchverkaufs entgehenden Gewinn?

Wie man heutzutage Abonnenten erhält, soll in einem späteren Aufsatz dargelegt werden.

Kleine Mitteilungen.

Deutsche Lehrerversammlung 1912. — Das soeben veröffentlichte Programm für die Deutsche Lehrerversammlung, die vom 27. bis 30. Mai in Berlin stattfindet, zählt neben den beiden Hauptversammlungen im Zirkus Schumann noch gegen 30 Nebenversammlungen auf, die sich zum Teil mit methodischen Fachfragen befassen, zum andern allgemeine Gebiete berühren, wie Schulstatistik, Schulpolitik, philosophische Pädagogik, freiwillige Volksbildungsarbeit, Jugendschriftenwesen, Jugendfürsorge, Bodenreform und Schule, Schulgesundheitspflege, Schulturnen, Schulgesang, Kinematographie und Schule, Militärdienst der Lehrer. Außerdem werden in den verschiedenen Stadtgegenden öffentliche Volksversammlungen einberufen werden, in denen über folgende Themen referiert werden wird: 1. die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll, 2. Spielplätze, 3. Kinde im Kino. Für die große Schulausstellung sind die Räume des Abgeordnetenhauses zur Verfügung gestellt worden.

Venezuela. Zollbehandlung von Büchern bei der Einfuhr mit der Post. — Die Einfuhr von ungebundenen gedruckten Büchern mit der Post ist erlaubt, sofern nicht mehr als ein Exemplar eines Werkes für einen Empfänger mit der nämlichen Post eintrifft und das Gesamtgewicht des Packstücks das gesetzlich für Drucksachen festgesetzte Gewicht nicht überschreitet. Bücher über Wissenschaft, Kunst und Handel können indes, gebunden oder ungebunden, in jeder Menge mit der nämlichen Post bis zu der für jedes Packstück vorgeschriebenen Grenze eingeführt werden. Gebundene Bücher, andere als solche über Wissenschaft usw., dürfen nicht als Drucksachen, sondern müssen mit der Paketpost eingeführt werden; sie unterliegen dem tarifmäßigen Zoll. (The Board of Trade Journal.)

Ein Internationaler Kongreß für Unfallverhütung und industrielle Hygiene soll vom 27. bis 31. Mai in Mailand unter dem Protektorate des Königs von Italien stattfinden. Der Kongreß wird sich ausschließlich mit technischen Fragen beschäftigen. Er will die besten in den verschiedenen Ländern mit Erfolg angewendeten Verfahren zur Lösung der technischen Probleme der Sicherheit bei der Arbeit und der Hygiene der Arbeitsräume bekannt machen und jenen Problemen, deren Lösung noch nicht existiert oder unvollkommen ist, nachforschen und zu ihrem Studium anregen.

Ein Lehrstuhl für soziale Medizin in Gießen. — In der Stadtverordnetenversammlung vom 25. April teilte der Oberbürgermeister mit, die Regierung habe die Errichtung eines Lehrstuhls für soziale Medizin an der Universität Gießen zugesagt. Sechs Berufsgenossenschaften, die Stadt Gießen und die Ortskrankenkassen haben sich daraufhin bereit erklärt, einer Gesellschaft m. b. H. beizutreten, die die Erbauung und den Betrieb eines Unfallkrankenhauses im Anschluß an die Universitätskliniken übernehmen soll.

Zur Tausendjahrfeier der Residenz Cassel im September 1913 ist die Aufführung eines Festspiels in der neuen Stadthalle geplant. Der Stoff des Festspiels muß der Casseler Geschichte entnommen sein, kann aber dichterisch frei gestaltet werden. Um geeignete Stücke zu gewinnen, wird ein allgemeines deutsches Preisausschreiben erlassen und ein Preis von 2000 M für die beste Arbeit ausgesetzt; der Ankauf weiterer geeignet erscheinender Manuskripte bleibt vorbehalten. Die näheren Bedingungen des Ausschreibens versendet gebührenfrei das Stadtverkehrsamt Cassel (Rathaus).

sk. Vom Reichsgericht. Die persönliche Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters. (Nachdruck verboten.) — Für die Schulden der offenen Handelsgesellschaft haften nach § 128 H.G.B. neben dem Vermögen der Gesellschaft die Gesellschafter unbeschränkt persönlich als Gesamtschuldner. Scheidet ein Gesellschafter aus, so wird er dadurch allein der Haftung für die bis zu seinem Austritt entstandenen Verbindlichkeiten noch nicht ledig, vielmehr bleibt er noch während der Dauer von 5 Jahren haftbar. Für die nach seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten braucht er selbstverständlich nicht mehr einzustehen. Entgegenstehende Vereinbarungen sind nach § 128, 2 H.G.B. Dritten gegenüber unwirksam. Eine Haftentlassung des ausgeschiedenen Gesellschafters muß mit der Gläubigerin selbst vereinbart sein. Dies kann entweder ausdrücklich geschehen oder auch durch konkludente Handlungen. Wie weit die Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters geht, zeigt folgender Rechtsstreit: Der Kaufmann Sch. in Leipzig hatte bis zum 27. November 1907 mit dem Kaufmann R. die offene Handelsgesellschaft Sch. & R. betrieben, war aber an diesem Tage ausgeschieden. Schon vor dieser Zeit hatte die Firma Sch. & R. mit der Antwerpener Firma R. & Co zwei Konfortialgeschäfte geschlossen gehabt, die Spekulationsläufe in Wolle betrafen. Beide Geschäfte waren am Tage des Austritts des Sch. noch nicht erledigt. Die Antwerpener Firma behauptete, daß ihr aus diesen Geschäften eine Forderung gegen die Leipziger Gesellschaft in Höhe von 22 000 M zustehe, für die sie auch den Beklagten Sch. als früheren Gesellschafter dieser Firma in Anspruch nahm. Der Beklagte wendete ein, er brauche nur für solche Verbindlichkeiten zu haften, die zur Zeit seines Austritts bereits entstanden wären, zu dieser Zeit habe aber noch kein Verlust aus den Wollgeschäften festgestanden. Außerdem behauptete er, er sei stillschweigend aus seiner Haftung entlassen worden. Jedenfalls bestehe im Handelsverkehr eine dahingehende Usance. Wenn sich aus den Wollgeschäften für die Firma Sch. & R. Gewinn ergeben hätte, dann würde er sicherlich nicht daran beteiligt worden sein. Umgekehrt brauche er darum auch den Verlust nicht mit zu tragen. Ubrigens sei der Klägerin Mitte November 1907 mitgeteilt gewesen, Sch. werde aus der Firma ausscheiden. Durch ihr Schweigen auf diese Mitteilung hin habe ihn die Klägerin aus seiner Haftung befreit. Landgericht Leipzig und Oberlandesgericht Dresden erklärten aber Sch. für haftbar. Nach § 128 H.G.B. haften der ausgeschiedene Gesellschafter für die zur Zeit seines Ausscheidens bereits entstandenen Verbindlichkeiten. Spätere Schulden der Gesellschaft gingen ihn nichts an. Unstreitig sei vorliegend die Verbindlichkeit, für die Sch. in Anspruch genommen werde, schon zur Zeit seiner Zugehörigkeit zu der Gesellschaft entstanden gewesen. Die Verbindlichkeit der Gesellschaft sei schon mit dem Abschlusse der Konfortialgeschäfte entstanden, und darum müsse Sch. auch den Verlust ersetzen, der aus diesen Geschäften erwachsen sei. Eine unbillige Haftung des Beklagten werde damit selbst dann nicht begründet, wenn dieser aus Gesundheitsrücksichten aus der Gesellschaft ausgeschieden sei. Der Beklagte sei weder ausdrücklich, noch stillschweigend von seiner Haftung freigelassen worden. Das bloße Schweigen der Klägerin auf die Mitteilung hin, daß Sch. ausscheiden werde, bedeute noch keine stillschweigende Haftentlassung. Auch ein dahingehender Handelsbrauch sei vom Sachverständigen verneint worden. Wenn die Firma Sch. & R. die Klägerin kurz vor dem Ausscheiden des Gesellschafters um einen Kontoauszug gebeten habe, so habe die Klägerin dies ohne ihr Verschulden dahin verstehen dürfen, daß dieser Kontoauszug zu einer gegenseitigen Auseinandersetzung unter den Gesellschaftern selbst verlangt werde. Die Klägerin habe keine einzige stillschweigende Erklärung dahin abgegeben, die als Genehmigung nach § 415 H.G.B. oder auch als Verzicht auf die Haftung des Beklagten hätte angesehen werden können. Es verstoße nicht wider die guten Sitten, wenn, wie der Beklagte behauptete, die Klägerin ihm nicht rechtzeitig mitgeteilt habe, sie wolle ihn trotz seines Ausscheidens noch in Anspruch nehmen. Gegenüber der Revision des Beklagten erklärte das Reichsgericht, daß seine Haftungsentlassung nur durch Vereinbarung mit der Klägerin selbst habe geschehen können, für welche Annahme aber keinerlei zwingende Beweise beigebracht seien. Die Revision des Beklagten wurde darum zurückgewiesen. (Mtenzeichen I 179/11.)